

„Berktoold ist sicher kein Krimineller“

Der Verteidiger des in Untersuchungshaft sitzenden Seeger Bürgermeisters gibt vor Gericht eine Erklärung ab. Der Tenor: Der Rathauschef hat Fehler gemacht, aber nicht mit krimineller Energie gehandelt.



Das sind die Rechtsanwälte des Seeger Bürgermeisters (von links): Professor Dr. Christian Kanth und Robert Chasklowicz. Foto: Felix Futschik (Archivbild)

Von Felix Futschik

Nürnberg/Allgäu „Ja“: Mit diesem einzigen Wort bestätigt der CSU-Politiker Markus Berktoold die Erklärung seines Verteidigers Robert Chasklowicz. Dieser holt zum Gegenschlag aus und weist die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zurück. Es ist der zweite Verhandlungstag vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth. Dem Bürgermeister von Seeg (Kreis Ostallgäu) und einem weiteren Angeklagten wird, wie mehrfach berichtet, gewerbsmäßiger Betrug in Millionenhöhe vorgeworfen. Die beiden Männer sollen mit Scheinrechnungen unrechtmäßig Geld aus dem Corona-Rettungsschirm erhalten haben. Die Rede ist von 2,1 Millionen Euro. Hinzu kommt der Tatvorwurf der Untreue. Nachdem am ersten Verhandlungstag der mitangeklagte ehemalige Leiter einer Pflege-Einrichtung gestanden und den Bürgermeister belastet hatte, äußert sich nun der Rechtsanwalt von Berktoold. Er räumt auch Fehler seines Mandanten ein.

„Mit Scheinrechnungen hat Bertold nichts zu tun“, sagt Chasklowicz. Und: „Bertold ist sicher kein Krimineller.“ Über 20 Mal habe er sich zu intensiven Gesprächen mit seinem Mandanten getroffen, habe kritisch nachgehakt. Der Anwalt weist die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft größtenteils massiv zurück. Man könne nicht davon sprechen, dass Bertold Geld verschoben habe. Er habe es überwiesen. Und in die eigene Tasche habe der Bürgermeister überhaupt nicht gewirtschaftet. Der Verteidiger spricht damit die 500.000 Euro an, die Bertold von dem Konto eines Vereins auf sein Privatkonto transferiert und dann auf eines seiner Gesellschaften weitergeleitet hatte. Er habe diesen Weg gewählt, weil das aufgrund der Kontenkonstellation am einfachsten gegangen sei.

Chasklowicz geht in seiner Erklärung auf die besondere Situation in Seeg ein und beschreibt, warum Bertold zusätzlich zu seinem Bürgermeister-Amt noch Geschäftsführer von mehreren Gesellschaften und Vorsitzender eines Vereins rund um die Pflege-Einrichtung in Seeg geworden sei. Dafür müsse man einen Blick in die Vergangenheit und vor Corona werfen. Damals, Bertold hatte mit der Pflege noch nichts zu tun, habe eine andere Gesellschaft die Einrichtung in Seeg betrieben. Diese habe sich dann aus dem Geschäft zurückgezogen. Hört man dem Verteidiger zu, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die früheren Betreiber einen Scherbenhaufen hinterlassen haben: Der Betrieb sei defizitär gewesen, die Einrichtung habe nicht wirtschaftlich gearbeitet, ein Weiterbetrieb sei fraglich gewesen.

Und dann kam Bertold ins Spiel: Er habe den Vorsitz des Vereins übernommen und man habe über ein zukunftsfähiges Konzept gesprochen, dafür auch einen Experten engagiert. Denn für Bertold sei klar gewesen: Unter dem bisherigen Konstrukt werde er das nicht machen. Zum Beispiel habe es ungeklärte Haftungsfragen gegeben. Also wurde nach Angaben des Anwalts ein Konzept erarbeitet und mit dem Verein abgestimmt. Ein Punkt war die Umwandlung der stationären Pflege in eine ambulante. Bertold sollte das umsetzen. Seinem Mandanten sei es darum gegangen, die Pflege in Seeg sicherzustellen, sagt Chasklowicz. Selbstlos sei er dabei vorgegangen, habe zusätzlich zu seinen vielen Aufgaben weitere übernommen. Er habe alle Posten rund um die gegründeten Unternehmen ehrenamtlich bekleidet: „Er hat sich keinen Cent Geschäftsführer-Gehalt ausbezahlt.“ Und auch sonst sei kein Geld in die eigene Tasche geflossen. Das sei bei dem 42-jährigen Ex-Einrichtungsleiter anders. Dieser lüge mit seinen Vorwürfen gegen Bertold, behauptet Chasklowicz.

Der Verteidiger räumt aber auch Versäumnisse seines Mandanten ein: „Keine Frage, wir wissen heute, dass ihm bei der Umsetzung fatale Fehler unterlaufen sind. Deshalb sitzen wir hier.“ So sei er nicht transparent genug vorgegangen, es fehlten Verträge. „Das hat er aber nicht aus krimineller Energie gemacht“, sagt Chasklowicz. Sein Mandant sei mit den vielen Ämtern auch überfordert gewesen, zumal er kein Pflege-Experte sei. Deshalb habe er Experten hinzugezogen. Der Verteidiger weist auch darauf hin, dass sein Mandant – ausgebildeter Jurist – seit dem Jahr 2002 nicht mehr in dieser Branche tätig sei und an einer Grundschule gearbeitet habe. Dann wurde er Bürgermeister.

Am zweiten Prozesstag wird die leitende Ermittlerin der Kemptener Kripo als Zeugin vernommen (siehe auch nebenstehender Artikel). Sie erläutert, wie ermittelt wurde. Sie spricht in der über zweistündigen Aussage auch davon, dass überall Unterlagen gefunden worden seien – im Rathaus, aber auch bei Bertold zu Hause. Eine Struktur habe man nicht erkennen können. Bis ein Urteil gesprochen ist, gilt für die Angeklagten die Unschuldsvermutung.